

# Konvergenzen – Verletzlichkeiten der EU

## Wahlzyklus 2017 – Von der Peripherie ins Zentrum

### Inhaltsverzeichnis:

Ausgangslage S. 2 ✎

2015 - Politische Verschiebungen im Süden S. 3 ✎

2016 - Jahr relativer europäische Ruhe - Fünf Landtagswahlen in Deutschland S. 6 ✎

2017 - Wahlen im Zentrum der EU S. 8 ✎

Europäische Konvergenzen S. 10 ✎

Deutsche Konvergenzen S. 11 ✎

Die Parteebene S. 13 ✎

LINKE Konvergenzen S. 15 ✎

Anhang: Wahlen bis 2017 S. 19 ✎

### Summary

In der Krisentheorie wird davon ausgegangen, dass einer Finanz- und Wirtschaftskrise eine Krise der Realwirtschaft folgt. Mit anhaltender Dauer der realen Wirtschafts- und Sozialkrise wandelt sie sich zunächst in eine der politischen Regierungsparteien, bevor sie abschließend eine Krise des politischen Systems wird, weil es nicht in der Lage ist, die Ursachen der Krise zu beheben und für die breite Bevölkerung eine sozial erträgliche Lebenssituation zu schaffen.

DIE LINKE hat seit 2007/2008 die Finanzkrise, seit 2010 die Euro-Krise und die Kritik an dem Sparkurs der Troika zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit gemacht. Mit der Wahl von Syriza in Griechenland am 25. Januar 2015 hat die Krise ein neues Profil bekommen. Nicht mehr die Märkte, sondern die Wahlurnen sind Maßstab zur Bewertung der Rettungspolitik. Bis zur Bundestagswahl im September 2017 stehen in 17 weiteren Mitgliedsstaaten der EU und in 8 Ländern der Bundesrepublik Wahlen an. Dadurch ist der Bundeskanzlerin das Heft des Handelns aus der Hand genommen. Die Vorwahlkampfzeit hat begonnen.

Im Jahr 2017 konvergieren mehrere Einzellinien und können zu einer sehr hohen Verletzlichkeit im Zentrum der EU führen. In Frankreich finden Ende April/Anfang Mai Präsidentschaftswahlen statt, Marine le Pen vom FN hat derzeit in Umfragen 30%. Ebenfalls im Mai tritt in Deutschland die Bundesversammlung zur Präsidentschaftswahl zusammen. Wie werden sich die Ergebnisse der Landtagswahlen zuvor auswirken? Über all dem liegt aus jetziger Sicht die Ankündigung von Cameron, 2017 im Vereinigten Königreich über den Verbleib in der EU abstimmen zu lassen.

Die Zeit vor der Bundestagswahl im Herbst wird von diesen Ereignissen und der bis dahin andauernden Diskussion über die Zukunft von EU und Euro mitbestimmt. Sie sättigt den Wahlzyklus von 2015 bis 2017 kontinuierlich und wird im Wahlkampf zum 19. Bundestag eine wichtige Rolle spielen. Auf DIE LINKE läuft angesichts dieser Verletzlichkeit eine hohe Verantwortung zu. Zweieinhalb Jahre vor der Bundestagswahl ist der richtige Zeitpunkt, um die Debatte über die Ziele und Positionen der LINKEN zu beginnen. Sie sollte der Diskussion über eine mögliche Strategiebildung vorhergehen.

## Ausgangslage

Mit der Euro-Krise ist das Bewusstsein über die wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenhänge und die wechselseitigen Einwirkungen innerhalb der Euro-Zone aber auch der EU beständig gewachsen. Jetzt hat das Thema mit der Wahl von Syriza und Alexis Tsipras in Griechenland am 25. Januar 2015 eine neue Sensibilitätsstufe bekommen, denn Wohl und Weh der Kanzlerinnenschaft Merkel ist mit der Bewertung ihrer Euro-Politik verbunden.

Der Wahlsieg von Syriza ist ein Beleg für die These, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland eine Krise der etablierten Politik geworden ist, weil diese die negativen Folgen für die Bevölkerung nicht beendet hat. Die Krisenpolitik der Troika hat auf die Sanierung der Staatsfinanzen gesetzt und dabei die Frage des Wirtschaftswachstums bzw. der Partizipation der vielen Einzelnen am Wirtschaftsleben vernachlässigt. Hieraus ist in vielen Ländern eine brennende soziale Frage und in Griechenland speziell eine humanitäre Katastrophe entstanden, die zu gesellschaftlichem Unmut und zu sozialpolitisch motivierten Protesten geführt hat. Vor dem Hintergrund der Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen und der sozialen Krise hat sich ihr Profil gewandelt, sie ist nun eine manifeste politische Krise der Regierungen und ihrer Parteien.

Wenn diese These stichhaltig ist, dann sind in den kommenden Jahren nicht mehr nur die Märkte der Brennpunkt der Krise, sondern zunehmend die Wahlurnen in den Mitgliedsstaaten der EU und des Euro. Die jeweiligen Parteien und ihre Reaktionen auf die Krise stehen im Bewertungszentrum der Wahlentscheidungen. Die Finanzkrise wurde durch den Bankencrash von Lehmann-Brothers ausgelöst. Die Euro-Krise durch die drohende Insolvenz von Griechenland. Von hier aus zog sie über die südliche Peripherie bis in das französisch- deutsche Zentrum der EU. In den »Programmländern« stehen in den nächsten drei Jahren nationale Wahlen an, die Euro-Rettungspolitik für die Finanzmärkte und Banken steht nun bei den Wahlberechtigten in den Euro-Staaten auf dem Prüfstand.

Sie sind sozusagen eine europäische Wahlbewegung, die in Griechenland begonnen hat und sich über Portugal, Spanien (2015), Irland und Zypern (2016) im Frühsommer 2017 in Frankreich und im Spätsommer in Deutschland fortsetzt. Im Wahlzyklus 2015 bis 2017 finden in 17 Mitgliedsstaaten der EU Wahlen statt, sie vollziehen im Süden die Euro-Krisen-Bewegung nach, allerdings unter den oben beschriebenen veränderten Bedingungen einer nunmehr politischen Krise von Parteien und ihren Regierungen. Dadurch stehen nicht die Investor\_innen im Fokus der Aufmerksamkeit, sondern die Gesamtheit der Wähler\_innen.

Grund genug für DIE LINKE, die hier einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit gesetzt hat, den europäischen Wahlzyklus 2015 bis 2017 detailliert zu begleiten und eine Diskussion darüber zu beginnen, wie sie sich in dem dynamisch entwickelnden politischen Umfeld positioniert. Denn im Unterschied zu dem oft nicht genau vorhersehbaren Eintritt von Krisen, sind Wahltermine meist langfristig festgesetzte Ereignisse, die als politische Entscheidungen vorbereitet und in Wahlkämpfen ausgetragen werden. Welche gesellschaftspolitischen (europäischen und nationalen) Auseinandersetzungen kommen auf DIE LINKE zu? Wie positioniert sie sich politisch in dieser Situation? Wie kann sich DIE

LINKE in einer politisch dynamischen Gesellschaftsstimmung als politische Partei behaupten? Wie kann es im Herbst 2017 gelingen, erneut mit einer starken Fraktion in den 19. Bundestag einzuziehen?

Kann ein Politikwechsel in Deutschland gelingen, oder leitet wiederum eine CDU/CSU/SPD Koalition die Regierung bis 2021? Wird die Aussicht auf noch eine Große Koalition ein wahlbeeinflussendes Motiv? Werden die Deutschen Merkel nach 12 Jahren Regierungszeit leid? Kann die SPD jemals wieder über 25% kommen? Wird das Leiden an der »politisch-korrekten« Konsensgesellschaft so groß, dass sich eine nationalkonservative bis -reaktionäre Kraft erfolgreich und dauerhaft etablieren kann? Welche politischen Unmutsmotive können durch DIE LINKE gebunden werden und welche muss sie entschieden bekämpfen? Wie kann das Spannungsverhältnis zwischen Kritik und Zustimmung zur EU und zum Euro öffentlich politisch wahrnehmbar gestaltet werden?

### **2015 – Politische Verschiebungen im Süden**

**Januar:** Es mag mit dem Januar ein neues Jahr heraufgezogen sein, aber dies betrifft bloß die numerische Zählung. Die politische Agenda steht im Fortlauf der vorhergehenden, denn am 29. Dezember 2014 verfehlte der griechische Präsidentschaftskandidat Dimas auch im dritten Wahlgang die notwendige Mehrheit. Die daraus durch die Verfassung vorgeschriebene Neuwahl des griechischen Parlaments wurde auf den 25. Januar gelegt.

Das Parteienbündnis Syriza hat die Wahl mit 36,3% gewonnen und bekommt den Siegerbonus von 50 Mandaten, brauchte aber mit 149 (von 300) Sitzen einen Koalitionspartner. Es verdankt den Sieg der Wut und der Empörung über die Austeritäts- und Sparpolitik der Troika aus EK, EZB und IWF, die für die Gewährung von Krediten einzuhaltende Regeln für den Staatshaushalt vorschreibt und seit 2010 die Einhaltung der Regeln vor jeder Auszahlung einer Tranche kontrolliert. Der Wahlsieg ist Dokument einer politischen Position gegen diese Politik. Im Vergleich zur vorhergehenden Wahl 2012 hat Syriza ein Plus von 9,4% bekommen, die Nea Dimokratia (ND), regierungsleitende Partei unter Samaras, hat auf die Juni-Wahl 2012 bezogen aber nur 1,9% verloren. Das konservativ-bürgerliche Spektrum hat stabil gewählt. Aber auch ohne Bonus ist das Sitzverhältnis Syriza gegen ND 99 zu 76, immerhin noch Vier zu Drei.

Die starke Abwanderung hat bei der Panellinio Sozialistiko Kinima, der sozialdemokratischen Pasok stattgefunden, mit Blick auf 2012 verliert sie 7,6% und hat noch 4,7%. Im Jahr 2009, vor der Krise, kam sie auf 44%. Die Pasok hat in fünf Jahren 40% (!) ihrer Wähler\_innen verloren. Der damalige Regierungschef Giorgos Papandreou hatte das Land unter den Rettungsschirm gebracht und wurde 2011 mit der Einsetzung der technischen Regierung Papadimos gestürzt, nachdem er eine Volksbefragung über die Troika-Bedingungen der Sparpolitik angekündigt hatte. Er hat sich nun dafür gerächt, indem er drei Wochen vor der Wahl die von seinem Vater gegründete Pasok durch eine eigene Parteigründung obendrein spaltete.

Koalitionspartner von Syriza wird die rechtspopulistische und xenophobe Anexartite Ellines (Anel oder AE), sie wurde erst im März 2012 von Panos Kammenos in Distimo gegründet, in dem die Waffen-SS 1944 ein Massaker verübt hatte. Kammenos war ND-Mitglied und hat in einer Vertrauensabstimmung gegen die technische Regierung von Papadimos gestimmt. Bei der Wahl im Mai 2012 bekam die Anel 10,6%, in der Juni-Neuwahl nach der gescheiterten Regierungsbildung 7,5%, am Wahlsonntag noch 4,7%. Sie will die nationale Souveränität schützen, die Vereinbarungen mit der Troika kündigen und fordert von der deutschen Regierung 11 Milliarden Euro Reparationszahlungen aus dem II. Weltkrieg ein. Dies sind Ausgangspunkt der Regierung Tsipras und Auftakt zur Neuverhandlung der Griechischen Kreditverträge mit der Troika, auf denen ein hohes Maß an politischer Hoffnung auf Verbesserung der griechischen Lebensverhältnisse liegt. Allerdings drängt die Zeit, das zweite Kreditpaket für Griechenland endet Ende Februar, der Pleitegeier kreist erneut über Griechenland.

**März:** Die baltische Republik Estland wählt am 1. März. Nach der vorhergehenden regulären Wahl 2011 haben die Estnische Reformpartei und die Pro Patria und Res Publica Union eine Koalition gebildet, die im März 2014 auseinanderbrach. Als Grund werden politische Differenzen zwischen der estnisch-nationalistischen Partei und der neoliberalen Reformpartei angegeben. An Stelle der Nationalisten sind nun die Sozialdemokraten in die Regierung eingebunden. Das Regierungsprogramm enthält nun Steuererleichterungen für Arme und mehr Rechte für die russische Minderheit. Im Wahlkampf steht die Sicherheitslage Russland, EU und NATO im Vordergrund.

**April:** In Finnland stehen am 19. April reguläre Wahlen an, die letzten waren am 17. April 2011 und hatten zu einem Überraschungsergebnis für die Wahren Finnen geführt (19%), im Rückblick auf die Wahl von 2007 hatten sie ihr Ergebnis vervierfacht. Die Wahren Finnen sind eine rechtspopulistische Partei, Sicherheit, Wohlstandschauvinismus und Einwanderung sind ihre zentralen Themen. Die Basisfinnen sehen den Euro und die EU-Finanzstruktur kritisch, denn „Die finnische Kuh muss in Finnland gemolken werden“. Bei der EP-Wahl 2014 wurden sie trotz Umfrageergebnisse von ca. 20% nur noch drittstärkste Kraft mit 12,9%, im Vergleich zur Nationalwahl ein Minus von 6,2%. Die offene Frage in Finnland ist die, ob der Rechtstrend bestätigt wird?

**Mai:** Im Vereinigten Königreich stehen am 7. Mai Unterhauswahlen an (letzte reguläre am 6. Mai 2010), es ist nicht ausgemacht, ob David Cameron wiedergewählt wird. Die Schotten haben gerade in einem knappen Ergebnis ihre Zugehörigkeit zum Empire bestätigt. Die United Kingdom Independent Partei UKIP steht in Umfragewerten vorne, sie will UK aus der EU herausführen. Durch den starken Zuspruch rutschte Cameron mit seinen Positionen weit nach rechts und hat für den Fall seiner Wiederwahl ein Referendum über den Verbleib in der EU im Jahr 2017 angekündigt. Er befürwortet die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und will Quoten für EU-Arbeitnehmer\_innen festlegen. Dies ist ein Bruch mit einer der zentralen Säulen der EU, worauf die Bundeskanzlerin erstmals signalisiert, Britannien nicht um jeden Preis in der EU halten zu wollen. Auch die Neuverhandlung der Verträge, die schon viele Sonderregeln für UK enthält, befürwortet sie nicht. Die weitere EU-Politik Großbritanniens und auch die politische Stimmung in der EU wird über das Ergebnis für UKIP und das Austrittsreferendum stark beeinflusst werden.

**September:** In Dänemark steht im Herbst die für die EU wohl unproblematischste Wahl des Jahres zum 68. Folketing an, die letzten regulären waren im September 2011. Dennoch ist auch hier Bewegung im Parteienspektrum sichtbar. Die Piratenpartei ist wie in den meisten Ländern sang- und klanglos wieder abgetaucht, die Dänische Volkspartei ist hingegen mit ihrer harten Haltung in Integrationsfragen beständig. Die dänischen Sozialisten sind zerstritten und nach der vorhergehenden Wahl aus der Regierung geflogen. Mit Alternativet ist 2013 eine neue Partei aufgetaucht.

**September/Oktober:** Das »Programmland« Portugal wird voraussichtlich im Oktober ein neues Parlament wählen, am 5. Juni 2011 wurden vorgezogene Neuwahlen wegen der gescheiterten Sparpolitik durchgeführt. Portugal hatte in der Euro-Krise 78 Milliarden Euro bewilligt bekommen und gilt als Vorzeigeland der Sparpolitik, dennoch sind es genau die sozialen Folgen dieser Politik, die den Zeiger in Richtung Regierungswechsel gestellt haben. 97% der Portugies\_innen beurteilten 2014 die wirtschaftliche Lage als schlecht. Premierminister Coelho hat angesichts der Arbeitslosenquote den Jugendlichen empfohlen, ihr Glück im Ausland zu suchen. Auch wenn der Sparhaushalt 2015 in Portugal so undramatisch ausfällt, wie nie seit dem Gang unter den Rettungsschirm, die konservative Partei mit Präsident Coelho ist aus dem Tritt. Seit dem Wahlsieg von Syriza muss er einen Aufschwung auch neu gegründeter linker Parteien fürchten, die gegen die Sparpolitik Front machen.

**Oktober:** Die Republik Polen wählt im Herbst Sejm und Senat neu, die letzten regulären Wahlen waren am 9. Oktober 2011. Präsident Bronislaw Komorowski hatte 2013 in abweichender Meinung zum damaligen Regierungschef Tusk angekündigt, erst nach dieser Wahl eine Diskussion über den Beitritt Polens zum Euro-Raum zu entscheiden. Aus Komorowskis Sicht stehen die Konsolidierung der Wirtschaft und das Einhalten der Maastricht-Kriterien vorher auf der Haushaltsagenda, um einen neoliberalen Anpassungsschock zu vermeiden. Auch in Polen wächst die EU-Skepsis, die 2001 von den Zwillingenbrüdern Kaczynski gegründete Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) hat Aufwind. Sie vertritt ein Programm einer starken nationalen Unabhängigkeit. Sie tritt für eine Stärkung des Rates und der nationalen Parlamente ein. Doch die reale politische Situation ist in Polen nicht durch die Euro-Krise gekennzeichnet, sondern durch die Außengrenze zur Ukraine, die Frage der NATO-Strategie gegenüber Russland (Dauerhafte Stationierung von Truppen und Atomraketen in Polen) und einen harten Streit zwischen den beiden größten Parteien. PO und PiS liegen derzeit gleichauf.

**November:** In Spanien wird im Spätherbst gewählt. Die jetzige konservative Regierung unter Mariano Rajoy, aber auch die sozialistische Oppositionspartei sind in viele Korruptionsskandale verwickelt, fast täglich werden neue Details enthüllt. Auch die Reputation des Königshauses hat stark gelitten. Aus der Bewegung 15M ist die Partei Podemos (Dt: Wir können) hervorgegangen und hat starken Zulauf. Im März 2014 waren sie auf dem Stand der IU, im November 2014 auf der Höhe der PSOE, im Februar 2015 stehen sie in Umfragen auf Augenhöhe mit der PP, über 25%. Der Parteivorsitzende Pablo Iglesias setzt auf persönliche und politische Nähe zu Tsipras und Syriza.

Durch die Finanzkrise von 2008 ist in Spanien mit besonderer Wucht eine Immobilienblase geplatzt, die zu einer sehr hohen Zahl von Hausräumungen und Selbstmorden geführt hatte. Nach lang anhaltenden Protesten, nicht zuletzt durch die Protestbewegung Movimiento 15M kam es am 20. November 2011 zu vorgezogenen Neuwahlen. Im Juni 2012 hat Spanien 42,4 Mrd. Euro zur Bankenrettung bekommen, die Besonderheit, das Land musste nicht als Ganzes nach einer Troika-Intervention unter den Rettungsschirm. Im Dezember 2013 hat Spanien den Rettungsschirm wieder verlassen.

Spanien galt wie Portugal als Vorzeigeland für die gelungene Krisenpolitik der EU, doch die Realität sieht anders aus: Katalonien strebt nach staatlicher Unabhängigkeit. Neuverschuldung, einige Regionen und Kommunen können den Schuldendienst nicht mehr begleichen. Dazu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei Jugendlichen, die soziale Frage ist durch die Spar- und Kürzungspolitik aufgeheizt. Ein neues Insolvenzrecht, mit dem Hypothekenschuldner nicht mehr aus ihren Häusern zwangsgeräumt werden können, schafft kaum Abhilfe, in der Bewertung durch die Investoren kommt es einer Enteignung gleich.

**Fazit:** Jede einzelne Wahl wird im Ergebnis dynamisch auf die darauf folgende ausstrahlen. Dies gilt besonders für die Euro-Südländer Griechenland, Portugal und Spanien, aber eben auch für Großbritannien, wenn man auf die Verschiebung in der Parteienlandschaft schaut. Die Ergebnisse für Syriza in Griechenland, UKIP in Großbritannien und Podemos in Spanien werden die Indizien für das Eintreten der dritten Welle der Krise, die die etablierte Parteienlandschaft umwälzen kann. Am Ende des Wahljahrs 2015 wissen wir, in welchen Anteilen sich die Euro-Krisenreaktionspolitik, die Austerität und deren sozialen Härten als solidarische Erneuerung der EU oder als Stärkung rechtsnationalistischer Bewegungen formiert haben. In den Peripheriestaaten, aber auch im Zentrum. Die politische Musik des Jahres spielt in den südlichen Mitgliedsstaaten, aber auch in London. Das verbindende Merkmal der linken Regierungsalternativen von Griechenland und Spanien ist die proeuropäische Betonung der sozialen und solidarischen Frage. UKIP steht für das Gegenteil.

In Deutschland stehen 2015 nur zwei Landtagswahlen an, im Februar in Hamburg, im Mai in Bremen. Eine Frage wird sein, ob und wie stark die AfD nach den Herbstwahlen 2014 in die Landtage einzieht? Wie stark zieht DIE LINKE in die Parlament der Stadtstaaten ein? Kann die SPD ihre absolute Mehrheit in Hamburg verteidigen? Die innenpolitische Lage wird auch in Deutschland unruhiger. Die Zustimmung zur Merkel-CDU erodiert auf Grund andauernder politischer Belastung in ihrer Partei. Die Gründung der AfD ist Ausweis davon. Ihre Politik ist nicht mehr Alternativlos. Wenn die These der dritten Welle der Krise stimmt, kippt die schwelende Stimmung gegen sie, weil ihre Politik dieselbe nur eindämmen, aber offensichtlich nicht beenden kann. Die fünf Landtagswahlen im Jahr 2016 werden hierfür ein Gradmesser. Der Fokus wechselt im Frühjahr 2016 von der europäischen auf die innenpolitische Situation.

## 2016 – Jahr relativer europäischer Ruhe - Fünf Landtagswahlen in Deutschland

Im Jahr 2016 finden in Irland, Zypern, Slowakische Republik (Frühjahr), Niederlande, Litauen und Rumänien (Herbst) Wahlen statt. Nur zwei dieser Wahlen haben aus heutiger Sicht eine ähnliche Brisanz für die Stabilität von EU und Euro wie die Wahlen in 2015, dies finden in den Programmländern Irland und Zypern statt. Da beide jedoch kleine Mitgliedsstaaten sind, werden die möglichen Folgen nicht so gravierend sein.

**Frühjahr:** Irland ging 2010 als zweites Land unter den Rettungsschirm und hat ihn im Dezember 2013 verlassen. Die letzten regulären Wahlen waren im Februar 2011 und das bisherige Zwei-Parteien System steht vor einem Umbruch. Erstmals könnte ein Vielparteienparlament gewählt werden. Der Streit um die Einführung von Wasserzählern und die Bezahlung von Wasser mit Beginn 2015 durch die Privathaushalte hat zu einer hohen Politisierung geführt. Ca. 40% der Haushalte gaben an, die Zahlung zu verweigern, die Demonstrationen gegen diese Maßnahme waren die schärfsten Proteste gegen die verschiedenen Sparmaßnahmen der Regierung. Die Proteststimmung kann momentan auch von der Sinn Fein aufgefangen werden, sie könnte die Wahlen gewinnen.

**Frühjahr:** In Zypern wurde zuletzt am 21. Mai 2011 gewählt. Im April 2013 ging Zypern als fünftes Land unter den Rettungsschirm, das Kreditpaket umfasst max. 10 Milliarden Euro. Von den Geldern sollen 4,1 Milliarden Euro für die Tilgung von Krediten und die Rückzahlung auslaufender Staatsanleihen verwendet werden. 3,4 Milliarden Euro sind reserviert, um die Lücken in Zyperns Haushalten der kommenden Jahre zu schließen. Die restlichen 2,5 Milliarden Euro sollen dazu dienen, den Bankensektor jenseits der beiden größten Institute - der Bank of Cyprus und der Laiki Bank - mit neuem Kapital auszustatten. Auf dem Höhepunkt der Krise in Zypern wurden Kapitalkontrollen eingeführt und mit einem bewaffneten Transport 5 Milliarden Euro Bargeld nach Zypern verbracht, damit die Banken wieder öffnen konnten.

Die soziale Situation ist angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit und einer doppelt so hohen Quote bei den Jugendlichen (40%) sehr angespannt. Die Kapitalkontrollen sind heute wieder aufgehoben und der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ist nun Chef der Bank of Cyprus. Zeitweilig wird über ein zweites Rettungspaket für Zypern gesprochen, doch angesichts der neuen Lage im Verhältnis von EU und Russland dürfte dieses noch erheblich schwieriger durchzuführen sein als das erste. Bei der Bewilligung des ersten Pakets waren die Gelder und möglichen Gewinne für die Schwarzgelder der »Russenmafia« ein Hauptthema der Kritik. Wird das Verhältnis EU-Russland in den Wahlen zum Zankapfel? Wird die Diskussion über das Verhältnis Osteuropa, EU und NATO thematisiert?

In den Niederlanden ist schon länger eine gewisse Volatilität im Parteiensystem zu verzeichnen und die z.B. von der Partij voor de Vrijheid rechtspopulistisch aufgeworfene Frage von Religion, Migration und Herkunft dürfte auch dieses Mal wieder eine starke Rolle spielen. Die Wahlen in Litauen (Euro-Land) werden vermutlich durch den anhaltenden Konflikt mit Russland geprägt sein. Die rumänischen Wahlen werden vermutlich in der deutschen Berichterstattung in den Randspalten landen, obwohl im November 2014 mit Klaus Iohannis ein deutschstämmiger Präsident wurde. Die Frage der Behandlung von Roma und Sinti bzw. der ungarischen Minderheit wird in der Berichterstattung ebenso eine Rolle spielen.

**In Deutschland werden 2016 fünf Landtagswahlen durchgeführt.** Die Wahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz finden im Frühjahr statt. Die europäische Krisendiskussion wird durch die Wahlen in Irland und Zypern wach gehalten. Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (Herbst) werden durch die Wahlkämpfe in den Niederlanden, Litauen und Rumänien begleitet.

**Fazit:** In 2015 spielt die Musik in den Mitgliedsstaaten der EU, die politischen Folgen werden auch 2016 spürbar sein. Aber in 2016 liegt die höhere Aufmerksamkeit auf der Innenpolitik und den Landtagswahlen. Die Aufmerksamkeit wird auf den Fragen liegen: Kann DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin in die Regierung kommen? In welchen westdeutschen Ländern schafft sie den (Wieder)Einzug in die Parlamente? Sind signifikante Änderungen in den Zustimmungen zwischen CDU und SPD zu verzeichnen? Kommt die Parteienlandschaft in Bewegung oder zeichnet sich ein Weiter so ab?

Stellen DIE Grünen weiterhin in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten oder kann die CDU die Wahl gelingen? Welche Erfolge kann die AfD erzielen? Kommen weitere (rechte) Parteieubildungen, Zusammenschlüsse oder populistische Bewegungen hinzu, die eine Wahlempfehlung aussprechen? Ist eine Differenz der Wahlergebnisse zwischen Ost und West bemerkbar? Gibt es Wechsel in den Landesregierungen und ist ein Rechts- oder Linkstrend zu verzeichnen? Ungeachtet dessen ist zu beobachten, welche Folgen die Wahlergebnisse für die Zusammensetzung im Bundesrat und der Bundesversammlung haben, denn im Mai 2017 steht die Wahl eines Bundespräsidenten oder einer Bundespräsidentin an.

### **2017 – Wahlen im Zentrum der EU**

**Frühjahr:** Zunächst geht die Reihe der Landtagswahlen weiter, erst Saarland (letzte: 25. März 2012), dann Schleswig-Holstein (letzte: 6. Mai 2012) und als Drittes die kleine Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen (letzte: 13. Mai 2012). Sie sind Stimmungstests für die reale politische Stimmungslage in der Bundesrepublik. Von hier aus wechselt der Blick ohne zeitliche Verzögerung wieder in die Bundesebene, traditionell wird am Tag des Grundgesetzes (23. Mai) ein neuer Bundespräsident gewählt. Die Zusammensetzung der Bundesversammlung spiegelt die Veränderungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Bund und den Ländern seit dem 19. Februar 2012, als nach dem Rücktritt von Wulff der amtierende Präsident gewählt wurde. Wer sind die Kandidierenden? Welche Konstellationen sind möglich?

**April/Mai:** Parallel dazu läuft die Schlussphase im Kampf um das französische Präsidentenamt, die Wahl wird in zwei Gängen durchgeführt (2012 und 2007: 22. April und 6. Mai). Eine Wiedernominierung von Francois Hollande gilt derzeit als wenig aussichtsreich (auch wenn die Reaktion auf die Anschläge in Paris ihm ein kurzfristiges Stimmungshoch beschert). Die UMP sucht noch ihren Kandidaten, für den Front National gilt als ausgemacht, dass Marine le Pen antritt. Sie verfolgt das Programm der Einführung von einem neuen Franc, was mit dem Ende des Euro gleichbedeutend wäre. Sie steht derzeit in Umfragen bei 30%, was für sie im 2. Wahlgang 2017 vermutlich nicht reichen wird. Ende vergangenen Jahres wurde bekannt, dass der FN

Kredite von russischen Banken bekommt. Der Front de Gauche ist zerstritten und derzeit kaum handlungsfähig, Mélenchon werden Ambitionen auf einen neuen Präsidentschaftswahlkampf nachgesagt, die KPF ist kommunal noch stark, ist aber von ihren besten Zeiten leider weit entfernt.

**August/September:** Die politischen Ergebnisse in Frankreich dürften mindestens bis zur parlamentarische Sommerpause permanent in die deutsche Vorwahlkampfzeit hineinstrahlen. Ende August steht die heiße Wahlkampfphase und die Wahlen zum 19. Bundestag an. Es kann derzeit davon ausgegangen werden, dass Angela Merkel ein weiteres Mal als Kandidatin antritt. Es wäre ihre vierte Amtszeit und sie zöge mit Kohl gleich, der sie doch stets als »Mädchen« belächelt hat. In einem anderen Punkt allerdings hatte er den richtigen Blick: Kohls Kanzlerschaft ist mit der Einheit verbunden, die Kanzlerschaft von Schröder mit der Agenda 2010 und der Neupositionierung in der Sozialen Frage. Die von Merkel mit der Frage der Zukunft von EURO und EU. Diese Diskussion dürfte aus jetziger Sicht (Januar 2015) bis zu diesem Zeitpunkt durch die Wahlen in den Südländern aktuell bleiben und eine kontinuierliche Dramatisierung in all ihren bis jetzt erkennbaren Facetten erfahren.

Über all dem schwebt aus jetziger Sicht die Ankündigung von David Cameron, im Falle seiner Wiederwahl in den Wahlen am 6. Mai 2015 im Jahr 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU durchzuführen. Das Ergebnis für die UKIP im Mai 2015 wird bis hierhin ausstrahlen und die Frage eines möglichen Austritts aus der EU auf der Tagesordnung halten. Die Debatte über Griechenland, die instabile ökonomische und politische Lage in Italien, Portugal und Spanien, Irland, Zypern und Frankreich wird auch in Deutschland die EU- und Euro-Skeptiker weiter beflügeln. Die politische Musik der europäischen Wahlen, die ihre Ouvertüre im Januar 2015 mit der Griechenlandwahl hatte, findet im Sommer 2017 ihren Höhepunkt im Zentrum der Euro-Zone und der EU. Die Wahlen in Bulgarien (Frühjahr) und der Tschechischen Republik (Herbst) werden in der EU-weiten Öffentlichkeit vermutlich kaum wahrgenommen, obwohl auch Bulgarien 2014 einen Hilfskredit der EU für seine Banken bekommen hat und ein Bankensturm im Juli 2014 Bulgarien erschüttert hat.

**Fazit:** Im Jahr 2017 konvergieren mehrere Linien, die den deutschen Wahlkampf massiv beeinflussen werden. Die eine kommt ausgehend von Griechenland im Januar 2015 auf seiner Wanderung von der Peripherie im Zentrum an, die Ratings der Wahlberechtigten auf die Sparpolitik der Regierungsparteien sind aus dem Spekulativen ins Dokumentierte gewandert. In Frankreich und Deutschland dürften die Diskussionen um die Gestaltung von Euro und EU mit dem jeweils spezifischen Blick des Nordens und des Südens geführt werden. Interessant ist die Frage, ob Merkel wieder mit Finanzminister Schäuble antritt oder die Austeritätslinie bereits vor dem Wahlkampf mit einem neuen Kandidaten verlässt? Die deutsch-französische Freundschaft wird auf eine harte Probe gestellt.

In diese Probe ragt aus jetziger Sicht die angekündigte Volksbefragung in Großbritannien über ihren Verbleib in der EU hinein. Sie ist ein politisches Drohinstrument der britischen Regierung für einen weiteren neoliberalen Kurs. Berlin steht in der Grätsche zwischen London und Paris. GB wird sie aus jetziger Erfahrung auch einsetzen, um opt-out-Modelle in Teilbereichen der EU-Verträge zu erzielen.

## Europäische Konvergenzen

Die Bestellung einer neuen Kommission nach den EP-Wahlen von 2014 war schon vor dem Hintergrund der damaligen politischen Verhältnisse schwierig, besonders der französische Kandidat für den Währungskommissar stieß in Berlin wegen der Frage der Währungsstabilität auf Kritik. Am 25. Mai 2014 wurde das neue Europäische Parlament gewählt. Das Europäische Parlament hat Jean-Claude Juncker am 27. Juni dem Europäischen Rat als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorgeschlagen, am 15. Juli wurde er vom EP gewählt. Am 5. September einigten sich der gewählte Präsident und der Rat auf die endgültige Liste der designierten Kommissionsmitglieder. Das Parlament stimmte zu und erst am 23. Oktober wurde die Kommission vom Rat benannt, sie hat ihre Amtszeit Anfang November begonnen, die fünfjährige Amtszeit läuft bis zum 31. Oktober 2019. Sie dürfte die schwierigste in der bisherigen Zeit der EU werden, in der Hälfte könnten die Wahlen in Frankreich und Deutschland mit der angekündigten Volksabstimmung in Großbritannien konvergieren. Folge wäre eine politische Instabilität und eingeschränkte Handlungsunfähigkeit in drei zentralen Staaten der EU.

Durch die nationalen Wahlen und die möglichen Ergebnisse ändert sich in den kommenden Jahren die Zusammensetzung des Europäischen Rates sukzessive. In der Folge der Kräfteverschiebung könnte der Süden noch mehr Gewicht bekommen und damit auf eine eher stille Art und Weise die Diskussion über das »Latin-Empire« erneut Gewicht bekommen. Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland könnten die jetzige Politiklinie weiter verschieben und das Gewicht der deutschen Regierung reduzieren. Aus der Verschiebung der Krise von den Märkten zu den Wahlen resultiert die Verletzlichkeit von EU und Euro durch nationale Wahlen.

Weitere Verletzlichkeiten werden durch die außenpolitische Betrachtung sichtbar. Die Wahlen z.B. in Finnland, Polen und Estland stehen vordergründig nicht im Zeichen der Euro-Krise, sondern unter dem Einfluss des Konflikts um die Ukraine. In diesen Staaten besteht Einigkeit in der Erwartung, dass die Union für die gemeinsame Sicherheit und Verteidigung einsteht. Der in der Ukraine militärisch ausgetragene Konflikt hat das Potenzial, die EU in einen sich beständig vertiefenden inneren Streit zu führen. In der gegenwärtigen Politik ist der Weg der Einflussnahme auf innenpolitische Prozesse durch die Stärkung der Zentrifugalkräfte üblich. Die Behauptung einen »Regime Change« zu betreiben, gehört seit 2014 zum Repertoire der Vorwürfe aus EU und Russland und er kann durch die bestätigte Kreditfinanzierung des Wahlkampfes von Le Pen durch russische Banken nicht von der Hand gewiesen werden ebenso wie Teile der EU die Stellung Putins untergraben. Die Duma wird 2016 neu gewählt, der russische Staatspräsident muss sich 2018 zur Wahl stellen.

Wie wird sich die politische Lage an den Außengrenzen der EU entwickeln? Dort sind mehrere Konflikte zu verzeichnen: Einer in Nordafrika und den politischen Folgen der Arabellion. Einer im Nahen Osten und dem Krieg um die politische Neuordnung der Region sowie die aus diesen Konflikten resultierenden Fluchtbewegungen. Wie wirken sich Globalisierung, und Europäisierung auf die sich in ihrer Stellung bedroht fühlenden

Mittelschichten aus? Werden sie sich in verändertem Wahlverhalten hin zu national-re-nationalreaktionärem Zuspruch ausformen, der Abschottung und Protektionismus in den Vordergrund stellt?

**Fazit:** In den anstehenden Wahlen wird die Politik der EU-Institutionen aus dem jeweiligen nationalen politischen Rahmen betrachtet und bewertet. Der entzieht sich dem direkten Zugriff der Europäischen Institutionen, aber auch der anderen Mitgliedsstaaten. Hieraus resultiert eine Wiederaufwertung der politischen Souveränität gerade auch kleinerer Mitgliedsstaaten wie Griechenland. Der Wahlzyklus bis 2017 kann eine Wiederaufwertung der Demokratie gegenüber den Finanzmärkten werden, in der die Euro-Krisenreaktionspolitik der EU, der Troika und der Regierungsparteien in den Mitgliedsstaaten jeweils konkret im Rahmen eines nationalen Demos durchgeführt wird. Sie haben indirekt Auswirkungen auf die jeweils nachfolgenden Wahlen und ihren politischen Diskurs- und Entscheidungsrahmen und direkt auf die Zusammensetzung des ER, der ansonsten der demokratischen Kontrolle und dem politischen Protest entzogen ist. Der jeweilige Zentrismus wird in den nationalen Wahlen zu einem demokratischen Rückkoppelungsmechanismus der Politik, die auf europäischer Ebene gemacht wird. Dieser Mechanismus wird dazu führen, dass die Europäische Ebene im Vorfeld der Wahlen in Frankreich und Deutschland in ihrer innen- und außenpolitischen Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt wird.

### Deutsche Konvergenzen

Nach dem Wahlsieg von Syriza hat zwischen den europäischen Hauptstädten das offene Pokern begonnen, über dem die Pleitegeier kreisen. Doch das seit 2010 anhaltende Schreckensszenario hat an Intensität verloren. Wir haben oft mitverfolgt, dass in den USA Einigungen über die Anhebung der Schuldengrenze in letzter Minute erfolgen, der real mögliche Showdown gehört zur Dramaturgie. In 2015 ist der Bundesregierung das Heft des politischen Krisenhandelns durch die Wahlen in der EU weitgehend aus der Hand genommen. Dies wirkt sich auch nach innen aus. Wird die europäische Solidarität in Deutschland am Ende des Jahres 2015 weniger von der deutschen Wirtschaft herausgefordert, die vom Marktvorteil Euro profitiert, als von der Zustimmung einer Bevölkerung, die von der Merkelschen Alternativlosigkeit asymmetrisch demobilisiert und von der Krisendauer ermüdet ist? Wie groß wird der unspezifische Frust darüber als eine Art vorpolitisches, unartikulierte Leiden, das nach einem Kanalisierungsangebot sucht? Wie groß wird die politische Stimmung gegen den Euro und die EU?

Das nationalreaktionäre Unbehagen kann sich in den deutschen Landtagswahlen 2016 und Frühjahr 2017 ausformen, weil darüber zunächst die bundesrepublikanische Stabilität der Schwarz-Roten Koalition nur indirekt gefährdet wird. Die Landtagswahlen werden zu einem Testballon für die politische Stabilität oder Instabilität in der deutschen Gesellschaft. Welche parteipolitischen Verschiebungen werden zu beobachten sein? Gibt es weitere Parteineugründungen? Die Wahlkämpfe in den »Programmländern« Irland und Zypern und die Vorwahlkampfzeit in Frankreich werden die Diskussion über

die EU und den Euro im Alltagsbewusstsein halten, die Landtagswahlkämpfe kommunikativ unterlegen und untergründig beeinflussen.

In einem angenommenen Szenario, dass die Umfragewerte für Marine le Pen aus dem Januar 2015 stabil bleiben und der FN in der Präsidentschaftswahl April/Mai 2017 ein Ergebnis um 30% einführt, ist die Frage zu stellen, welchen Einfluss hat das auf die politische Stimmung in Deutschland. Wie wird ein derartig weitreichender französischer Rechtsruck öffentlich bewertet? Bildet sich im zweiten Wahlgang eine Anti-Le-Pen-Koalition? Wie werden sich Sarkozy und die UMP entscheiden? Wird dies auf Grund des hohen antifaschistischen Konsenses in Deutschland eine abstoßende Reaktion oder eher eine stille zustimmende auslösen? Die bislang ökonomisch und finanziell motivierten Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich würden in der Zeit der NRW-Wahl und der Präsidentschaftswahl stark politisch aufgeladen und vermutlich polarisiert.

Auch in Deutschland wird mit der AfD eine parteipolitische Möglichkeit zur Bindung des nationalen bis reaktionären Unbehagens gegen eine weitergehende Europäisierung der politischen Souveränität angeboten. Wie stark wird die AfD in die Landtage Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein Westfalen gewählt? Ist die politische Anti-Euro- und Anti-Sozialdemokratisierung der CDU-Stimmung so groß, dass die AfD im Mai 2017 in 13 Landtagen sitzt (plus Sachsen, Brandenburg und Thüringen?) Das konservative Lager in Deutschland kann darüber in eine ernsthafte Zerreißprobe über den weiteren politischen Kurs kommen. Wie werden CDU/CSU damit umgehen? Werden sie proaktiv darauf reagieren, ihr politisches Profil wieder nach rechts verschieben? Zurück zur Kanther, Koch und Dregger-CDU? Oder werden sie die Partieneubildung rechts neben ihr dulden? Was heißt das für die politische Stellung von Angela Merkel in Partei und Regierung? Wird die AfD eine Koalitionspartnerin für CDU/CSU, wenn die politische Dynamik im Wahlergebnis 2017 gegen die EU läuft? Wie werden die anderen Parteien darauf reagieren?

**Fazit:** Erst nach den EU-Wahlen 2015 und den Landtagswahlen in NRW wird im Frühjahr 2017 feststehen, wie sich die politische Stimmung in Deutschland über die Landesebene entwickelt. Bleibt sie stabil oder ändert sie sich? Wie stark formuliert sich das national-reaktionäre Unbehagen aus? In wie viele Landesparlamente zieht die AfD ein? Wie sind die politischen Kräfte verteilt und von welcher Startposition aus geht es in die deutsche Vorwahlkampfzeit? Kippt die Stimmung gegen den innenpolitischen sozialdemokratischen Kurs von Merkel? Kippt die Stimmung gegen den europäischen Rechtskurs von Merkel und Schäuble?

Die Regentschaft Merkel wird über ihre Leistungen in der Euro- und EU-Krise bilanziert werden. Die Europäisierung ist zugleich die politische Linie der Konservativ-Bürgerlichen seit Adenauer und den römischen Verträgen. Dies ist der geschichtlich gewachsene Keim für den wachsenden Spliss im konservativen Lager. Die Europäisierung ist eine auch aus linker Sicht als positiv zu bewertende Schlussfolgerung aus den Kriegen im 19. und 20. Jahrhundert, obwohl sie hier bürgerlich vorgetragen wird. Durch die zeitliche Koppelung der Wahlen steht das Deutsch-Französische Verhältnis auf dem Prüfstand. Wie weit rückt Frankreich nach

rechts? Zieht Deutschland wie eine kommunizierende Röhre nach oder entwickelt sich eine divergierende politische Mehrheit? FN und UMP in Paris und AfD in Berlin? Oder Anti-Le-Pen Koalition in Paris (2. Amtszeit für Hollande?) und Rot-Rot-Grün in Berlin? Kann DIE LINKE mit einer verstärkten deutsch-französischen Partnerschaft die Linie von Syriza und Podemos aufnehmen und einen Politikwechsel in Deutschland herbeiführen?

### **Die Parteebene**

Die politischen Folgen der Krise haben in der Entwicklung von der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Krise der etablierten politischen Parteien und ihrer parlamentarischen Repräsentation geführt. In den Krisenstaaten des Südens, Griechenland, Italien, Spanien, aber auch im Nicht-Euro-Land Großbritannien sind neue Parteien entstanden. Zunächst ist keine generalisierte Linie erkennbar, sondern in den einzelnen Mitgliedsstaaten tendieren die politischen Bewertungen der Krisenfolgen in unterschiedliche Richtungen. Aus einer politisch-philosophischen Betrachtung ist die Frage zu stellen, ob in der aktuellen Lage in Griechenland nur Syriza in der Lage war, die Verletzung und Entwürdigung des nationalen Selbstwertgefühls durch die Troika zu heilen? Ist Podemos eine Bewegung, die die verletzte Selbstachtung vieler Spanier\_innen wiederherstellen kann? Kann Renzi die der Italiener verteidigen? Wie stark wird der Wunsch nach Rekonstruktion von staatlicher Selbstbestimmung zum Motiv für die Wahl von UKIP in GB, FN in France und AfD in Deutschland? Wie stark sind die nationalistischen Reaktionen auf die mit der Krisenpolitik durch die herrschenden Eliten begangenen Missachtungen und Verletzungen demokratischer Selbstbestimmung?

Aus der praktisch-politischen Betrachtung kann gesagt werden, dass die etablierten Parteien in vielen Mitgliedsstaaten geschwächt sind, teilweise sind Parteien aus der Landschaft verschwunden und hoffen auf Wiederkehr (in Deutschland z.B. FDP). Aus der Politik- und Parteienverdrossenheit sind vielfach Empörungen resultiert, die zu kurz auffallenden Reaktionen geführt haben, jedoch kaum zu dauerhafter Bündelung und Kontinuität von Themen oder Personen. Öfters konnten schnelle Bündnisse kurze Erfolge für sich verbuchen und sind genauso schnell an den realen Anforderungen der politischen Arbeit gescheitert. Hieraus resultiert eine oberflächliche Beweglichkeit und Hektik, die bei den etablierten politischen Parteien die Neigung stärkt, aktuellen Modetrends hinterherzulaufen. Ist dies für DIE LINKE eine aussichtsreiche Strategie oder re-sultieren die Erwartungen an ihre Politik nicht vielmehr aus ihrem geschichtlich gewachsenen Profil?

Im Rückblick auf die Parteibildungen am Beginn der demokratischen Nationalstaaten sind im Wesentlichen drei ideengeschichtliche Schulen entstanden: Der Konservatismus, der Liberalismus und der Sozialismus. Der Konservatismus ist vor eine neue Herausforderung gestellt. Aus der europäisch-konservativen Perspektive ist (noch) kein genügendes Profil und keine genügende Substanz erarbeitet, um den nächsten Schritt der Europäisierung konsequent zu gehen. Aus der nationalkonservativen Perspektive ihrer Entstehungsbedingungen hat die Europäisierung ihren Zenit längst überschritten und muss zurückgeführt werden. Hierüber dehnt sich der Spalt des konservativen Lagers in ein europäisches und ein

nationales gerade auch in Deutschland durch die Sozialdemokratisierung des CDU-Profiles der Vorsitzenden Merkel weiter.

Der politische Liberalismus hat sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus auf einen wirtschaftlich verstandenen Liberalismus reduziert. Er war die treibende politische Kraft für die neoliberale Offensive, die die heutige Krise zu verantworten hat. Er hat sich als „Steuern-runter-Liberalismus“ desavouiert und ist in einer politisch schwachen Position. Er hat zwar eine lange teils auch positiv zu bewertende geschichtliche Linie, die mit der Entstehung der Nationalstaaten in Europa gekoppelt ist, aber zurzeit wenig Potenzial, das eine parteipolitische Revitalisierung als realistisch erscheinen lässt. Dies wird in Deutschland durch die anstehenden Landtagswahlen bis 2017 zu beobachten sein.

Die sozialdemokratischen Parteien, die seit den 1990er Jahren den Schritt der Neoliberalisierung im Sinne der Schröder/Blair Ausrichtung mitgegangen sind, konnten nach dem Verschwinden des Arbeiter-Paradigmas keine überzeugende neue politische Kern-identität finden und ausprägen. Der qualitative strategische Wechsel hin zu einer neuen Mitte hat sich quantitativ nicht ausgezahlt. Dieser ging in der konkreten politischen Entscheidungspraxis zumeist mit einer Neoliberalisierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einher und einer sträflichen Vernachlässigung der sozialen Frage, die doch einmal der gemeinsame Ausgangspunkt der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien war. Am gravierendsten ist der Niedergang der Sozialdemokratie in Griechenland zu beobachten, wo sie innerhalb von 5 Jahren ca. 40% der Ergebnisse verloren hat.

Die sozialistischen Parteien bzw. die Neugründungen, die aus der marxistischen Tradition kommen bzw. sich hineingestellt haben, konnten sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus (auf einem niedrigen Niveau) stabilisieren. Durch den exzessiven Siegeszug des Neoliberalismus wurde die soziale Frage für Viele in ihrer persönlichen Alltagsrealität wirtschaftlich, politisch und sozial relevant. Zugespitzt: Gerade weil der Realsozialismus implodiert ist, wurde durch die Mehrheitsentscheidungen im realen Kapitalismus die Notwendigkeit der Wahl von demokratisch-sozialistischen Parteien unterstrichen. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 und deren Transformation in eine Krise der verantwortlichen Regierungsparteien ist eine zusätzliche Quelle, aus der Zuspruch resultieren kann, es aber in Deutschland konkret nicht tut. Dies liegt an der besonderen Situation in Deutschland als Zentrum und stärkster Wirtschaftsnation in der EU. Die nationale Bedeutung Deutschlands in der EU kompensiert den sozialen Verdruss über die rot-grüne Agenda teilweise, führt aber nicht zu einer Heilung der Verletzungen der sozialdemokratischen Parteienseele und zu wachsendem Wahlzuspruch.

**Fazit:** Auch in Deutschland dauert die Krise im Jahr 2017 10 Jahre, die Regierungsparteien haben die negativen Folgen bislang abwehren können, die Krise aber nicht beenden. Sie stehen angesichts der Transformation der Krise in eine Krise der etablierten Parteien vor der Frage, ihr bisheriges politisches Profil beizubehalten, es neu auszurichten und zu schärfen. Ein Beispiel hierfür ist die SPD, die ihr Kernthema soziale Gerechtigkeit und die Tradition einer Arbeiterpartei für die Verortung in einer marktliberalen »Neuen Mitte« aufgegeben hat. Die CDU hat unter Führung von Angela

Merkel ihr politisches Profil sozialdemokratisiert, um die Regierungsführung als stärkste Partei bzw. Fraktion zu erhalten. Die FDP stand vor der Wahl Anti-Euro und Anti-EU Partei zu werden und hat sich für die Kontinuität einer Steuererleichterungspartei entschieden. Die Grünen schwanken zwischen Weiter so und der Profilierung als Grüne Liberale, mit der sie die FDP dauerhaft verdrängen könnten.

Die einzig erfolgreiche Veränderungsstrategie war die Neuverortung der CDU in einer eher paternalistischen Antwort auf die soziale Frage. Deren Vernachlässigung hatte Schröder 2005 die Kanzlerschaft gekostet. Die CDU erreichte damit eine Wahlquote von 40%. Allerdings wurde als politische Folge der Aufwertung der sozialen Frage im rechten Spektrum Platz frei gegeben. Die Gründung der AfD ist eine Antwort auf diese Verschiebung im Parteienspektrum. Die Fusionierung im Vorfeld der Wahlen 2017 von z.B. AfD und PEGIDA oder sonstigen nachfolgenden Bewegungen kann nicht ausgeschlossen werden. Ein Kriterium hierfür werden die Ergebnisse in den Landtagswahlen 2016 sein.

### **LINKE Konvergenzen**

Ausgehend von der drei Wellen Theorie wurde behauptet, dass mit der Wahl von Syriza in Griechenland ein stichhaltiger Beleg dafür gegeben ist, dass die Krise in die dritte Welle eingetreten ist, eine Krise der Regierungsparteien. Mit der Betrachtung der bis zur nächsten Bundestagswahl 2017 noch stattfindenden nationalen Wahlen in der EU und in den deutschen Bundesländern wurde die Linie der dritten Welle prospektiert. Sie konvergiert in der Mitte der Wahlperiode der EU-Institutionen in mehreren Punkten. Die Französische Präsidentschaftswahl, die Deutsche Präsidentschaftswahl, die Bundestagswahl und die von Cameron angekündigte Volksbefragung über den Verbleib von GB in der EU sind zunächst singuläre Ereignisse, die von unterschiedlichen Demos gestaltet und entschieden werden. Doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Unionisierung sind sie in einer intensiven wechselseitigen Durchdringung und Beeinflussung. Dieses Zusammenwirken macht den besonderen Charakter der Konvergenzen deutlich.

Jede Entscheidung für sich hat eine hohe Relevanz, aber weil sie zeitlich eng aufeinanderfolgend im Zentrum der EU fallen, entwickeln sie eine hohe Dynamik. Jeder dieser Treffer kann ein einzelnes Beben im Zentrum erzeugen, der Reaktionswellen in eine bestimmte Richtung auslöst. Jedes Beben wiederum kann in eine andere Richtung gehen. Hieraus entstehen komplexe Reaktionen, die kaum vorhersehbar sind. Bereits jetzt, nach der Wahl von Alexis Tsipras weisen die Hauptstädte eine erhöhte Temperatur aus. Der weitere Verlauf der Welle und ihre Manifestation als Wählerwillen sind mit den Wahlterminen zeitlich festgelegt. Denn mit Wahlen wird über die anteilmäßige Repräsentation der Parteien für die nächste WP entschieden. Die dritte Welle läuft von Griechenland über Spanien nach Frankreich und von dort trifft sie auf die deutsche Wahlentscheidung im September 2017.

Hieraus resultieren die Fragen: Was bedeutet dieses Auftreffen für DIE LINKE? Welche Situation läuft auf Deutschland im Herbst 2017 zu? Kommt es durch die anhaltende Dauer der Krise zu gesellschaftlichen Ermüdungserscheinungen? Kippt die Stimmung

gegen Merkel und ihre Strategie einer asymmetrischen Demobilisierung? Kann DIE LINKE eine Gegenstrategie der asymmetrischen Mobilisierung entwickeln? Zweieinhalb Jahre vorher ist die Partei gut damit beraten, sich diesen Vorlauf zu vergegenwärtigen, denn er wird den weiteren Verlauf der Entwicklung der 18. Legislaturperiode und dem sich entwickelnden Wahlkampf an festgelegten Terminen entscheiden.

In einer Rückschau auf den bisherigen Weg der LINKEN wurde sie aus einer innenpolitisch motivierten Antwort als Protestpartei gegen die Agenda 2010 gegründet. Dieses Vorgehen war erfolgreich, weil die politische Gesellschaftsreaktion in Deutschland 2003/2007 eine Empörung über die von Rot-Grün begangene soziale Ungerechtigkeit war. Heute hat sich die politische Stimmungslage in Deutschland grundlegend verändert. Nicht mehr die Empörung über soziale Ungerechtigkeit ist die primäre Quelle der Politisierung in der Gesellschaft, sondern die Bedrohung von Lebensstandard und Sicherheit ist ihre dominierende Quelle der Gegenwart. Sie dringt im Unterschied zur Agenda-Politik in der Wahrnehmung von außen ein. Daraus resultiert hierzulande, wie auch in vielen europäischen Ländern, eine gefühlte Hilflosigkeit, aus der ein Streben nach Wiederherstellung gesellschaftlicher, nationaler und staatlicher Souveränität entsteht. Dieses Streben geht im Zentrum der EU, in Frankreich, Deutschland und Großbritannien im Potenzial nach rechts und nicht nach links. Aus dieser Stimmung heraus zieht die AfD ihren Zuspruch und lassen sich zumindest zum Teil auch die aktuellen nationalreaktionären Demonstrationsphänomene erklären.

Konvergenzen, steigende Temperaturen in den Hauptstädten, kriegerische Auseinandersetzungen in der europäischen Peripherie, wachsende Konflikte in und um die EU kennzeichnen die aktuelle Situation. Berlin ist in den nationalen Wahlen der Mitgliedsstaaten ohne Dirigentenstock, obwohl Merkels Bild in der Bewertung der Austerität in Europa oftmals in hoch despektierlichen Formen hochgehalten wird. Nun kann man getrost einwenden, als deutsche Politikerin kriegt man eh irgendwann das Schnäuzerchen angemalt. Doch dieses ist keine Satire, es ist Teil des politischen Kampfes in den Mitgliedsstaaten des Südens gegen die Sparpolitik. Hier ist Merkel mit ihrem Spargeneral als Hauptschuldig ausgemacht. Hauptschuldigkeit, das ist ein Wort aus einer anderen Zeit. Ebenso wie manche Worte wieder in den Gegenwartsgebrauch einziehen, ziehen historische Vergleiche am Horizont auf. DIE LINKE muss hier genau hinschauen, was sie macht, denn wenn sich Geschichte wiederholt, so das erste Mal als Tragödie.

Parteieninstabilität, Regierungsinstabilität, häufige Neuwahlen, dies alles waren Ausdrucksformen der dritten Welle der Krise am Beginn des 20. Jahrhunderts. Für die deutsche LINKE heißt dies I. Weltkrieg, Matrosen- und Arbeiteraufstand, Abschwung der Revolution und Sieg der Nationalversammlung. Sie verweigerte den Eintritt für die damalige Weimarer Republik. Die Republik scheiterte, weil auf dem Scheitelpunkt der dritten Welle der Krise ein erneuter Umschwung eintrat. Aus der Krise der Parteien war eine Krise des demokratischen Systems geworden. Hitler triumphierte, begann den II. Weltkrieg und im Mai 1945 vor 70 Jahren, musste das III. Reich nach vollständiger militärischer Niederlage kapitulieren.

Das Vier-Mächte Statut, Aufteilung in Besatzungszonen, aufkommender Kalter Krieg zwischen Kommunismus und Kapitalismus, Gründung zweier deutscher Staaten in den unterschiedlichen Machtblöcken. Hieraus findet die Trennung der LINKEN in eine West- und eine Ostdeutsche LINKE ihre Vollendung. Die Geschichte der BRD und der DDR sind Gegenwartswissen, das heute aber schon im Bereich der jüngsten Vergangenheit einzuordnen ist. Denn 25 Jahre nach der staatlichen Vereinigung ist eine neue Erlebnisgeneration herangewachsen, die diesen Teil nur noch aus der überlieferten Geschichte kennt. Dies ist ein offenes Arbeitsfeld der Geschichte.

Hier jedoch geht es um die Prospektion der in der EU stattfindenden nationalen Wahlen und der Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl im September 2017. Es war nur ein Rekurs auf die historischen Auswirkungen, als die dritte Welle der großen Krise von 1929 auf die Weimarer Republik traf. Diese politische Situation kann nicht auf heute übertragen werden. Denn im Unterschied zu Weimar blickt Deutschland heute ungeachtet aller berechtigten Kritik auf eine über 60-jährige parlamentarisch-demokratisch eingeübte Regierungspraxis zurück. Der Satz »Berlin ist nicht Weimar« ist zutreffend.

Das heißt übertragen, die Auswirkungen des Auftreffens der dritten Welle der Krise auf Deutschland in der Bundestagswahl im Herbst 2017 werden keine vergleichbaren Schäden hinterlassen. Eine irreversible rückwärtsgewendete Schädigung der EU kann aber nicht ausgeschlossen werden. Dies kann für DIE LINKE kein Anlass zur Vorfreude sein, denn die Partei steht in der Möglichkeit, die Fehlentscheidungen des 20. Jahrhunderts zu wiederholen. Deshalb muss uns die Entwicklung angesichts des dargestellten historischen Verlaufs höchst bedenklich, wenn nicht gar sorgenvoll stimmen. Das Auftreffen der dritten Welle wird nicht die Wiederkehr des Faschismus bedeuten, der ist militärisch bedingungslos besiegt worden, aber nicht aus der deutschen Gesellschaft heraus. Dies ist der tiefste Grund, warum DIE LINKE sich bis heute fragen muss, ob sie den heranwachsenden Faschismus in Weimar nicht hätte stärker bekämpfen müssen, als das Konservative Bürgertum und die Sozialdemokratie. Welchen Anteil hat diese Entscheidung in dem Moment, als die politische Stimmung nicht mehr gegen die Parteien, sondern gegen die Demokratie als System ging? Also an genau dem Moment, wenn sich die dritte Welle der Krise in die vierte wandelt?

2017 wird aus der Sicht dieses Textes und seiner Annahmen die dritte Welle der Krise am Wahltag in der Bundeshauptstadt eintreffen. DIE LINKE muss dieser Stimmung ein klares linkes und demokratisches Profil entgegensetzen. Sie hat die EU- und Europolitik von Anfang an kritisch begleitet und auf die möglichen sozialen Verwerfungen als Folge der neoliberalen Politik hingewiesen. Sie hat die Euro-Krisenpolitik konsequent abgelehnt und als neoliberale Rettungspolitik für Banken und Investor\_innen kritisiert. Insofern kann die Vermutung formuliert werden, dass DIE LINKE 2017 nicht Hauptgegenstand der Konvergenz der dritten Welle der Krise im Zentrum der EU wird. Das ist ein Argument für die immense politische Verantwortung, die ihr zuwächst. Sie muss angesichts der Verletzlichkeiten der politischen Situation ihre parteiinternen Divergenzen beilegen, abwägen und entscheiden, für was sie Politik macht, mit wem sie Politik und gegen wen oder was sie Politik machen will. Sie muss um dieser, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und auch als Konsequenz aus ihrem eigenen

Versagen im 20. Jahrhundert entschlossen an den Lehren, die sie aus der Geschichte gezogen hat, festhalten.

DIE LINKE ist aus ihrer internationalistischen Tradition heraus pro-europäisch sozial und solidarisch. Soziale Gerechtigkeit war bereits im 19. Jahrhundert nicht mehr nationalstaatlich herstellbar. Die Arbeiter haben kein Vaterland, so schrieben schon Marx und Engels. Auch Europa reicht nicht, um dieses Ziel letztlich durchzusetzen, aber weniger erst recht nicht. Wer heute mit SYRIZA und PODEMOS solidarisch sein will, muss die EU als Handlungs- und Konfliktebene annehmen und nicht in nationalromantische Paralleluniversen flüchten. Gerade die deutsche LINKE steht in der zentralen Verantwortung die jetzige Austeritätspolitik in Europa zu beenden. Sie kann das, ein gutes Maß an Ent- und Geschlossenheit vorausgesetzt.

DIE LINKE ist als Lehre aus dem I. und dem II. Weltkrieg antimilitaristisch. DIE LINKE ist aus der Lehre nicht nur der Geschichte der europäischen Staaten eine Friedenspartei. Krieg ist kein Mittel der Politik. Diese Ablehnung gilt ausdrücklich allen, die ihn als solches einsetzen. Ansonsten sind wir nicht Friedens- sondern Kriegspartei. Gerade die deutsche LINKE darf hier nicht wieder versagen.

DIE LINKE hat als Lehre aus dem Verlauf und dem Scheitern des Realsozialismus mit dem Stalinismus als politisch autoritärem System gebrochen. Dieser Bruch ist nur real und glaubwürdig, wenn DIE LINKE heute autoritäre und diktatorische Herrschaft ablehnt, kritisiert und bekämpft und sich nicht mit ihr gemein macht. Die Menschenrechte sind unteilbar. Das war der antistalinistische Gründungskonsens der PDS und der LINKEN.

DIE LINKE ist aus der Lehre des Scheiterns von Weimar eine Verteidigerin der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie geworden. DIE LINKE steht im demokratischen Wettbewerb mit anderen Parteien. Wir wollen mehr Demokratie in Europa. Gerade SYRIZA und PODEMOS stehen für diese Erneuerung. Der Weg dorthin führt über die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie nicht nur in Griechenland und Spanien, nicht über ihre Relativierung. Das war die Krisenpraxis der Troika. Wir müssen für das Gegenteil, die europäische Erneuerung der Demokratie stehen. Den Weg von Syriza und Podemos zu gehen heißt, politische Verantwortung für die soziale Frage und für die parlamentarisch-repräsentative Demokratie zu übernehmen. Dann können wir die Austeritätspolitik nicht nur über unsere Solidarität mit dem Süden der EU, sondern direkt im kapitalistischen Zentrum verändern. Und das war ja schließlich der Appell von Marx in seiner 11. These über Feuerbach. Es kommt darauf an, die Welt zu verändern.

DIE LINKE ist aus zutiefst humanistischer Begründung antifaschistisch. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. DIE LINKE gedenkt jährlich den Opfern nationalsozialistischen Säuberungswahns, der ermordeten Jüdinnen und Juden, den Sinti und Roma, den besonderer Ausrottung ausgesetzten Angehörigen der slawischen Völkern, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Homosexuellen, Menschen mit Behinderungen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, widerständige Christen und vielen anderen. DIE LINKE kritisiert und bekämpft Herrschaft und

Unterdrückung, die diese Lehre der Geschichte nicht teilt, und macht sich nicht mit ihr gemein.

Die zentrale politische Errungenschaft der politisch-philosophischen Aufklärung ist die Trennung von Kirche und Staat. Mit dem weltlichen, laizistischen Staat konnte die Begründung der monarchischen Herrschaft der Krone als von Gott gegebener Macht gebrochen und die politische Legitimation von Herrschaft an das Volk als demokratischem Souverän gebunden werden. Die Religionen haben aus linker Sicht ihren Platz in einer pluralistischen Gesellschaft, Laizität vorausgesetzt. Es gibt aus linker Sicht keinen Grund, die in Deutschland vorhandenen Religionen mit Platzziffern zu versehen. Dies gilt auch für den Islam, der politische Disput darüber wird sich mit den Konflikten im Nahen Osten und Nordafrika und den ihr folgenden Migrationsbewegungen fortsetzen.

Die Kritik der gegenwärtigen Krise besteht darin, zu zeigen, dass Neoliberalismus und Kapitalismus nach der Begründung einer neuen Weltordnung in der Folge des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus Verursacher der Politischen Krise der EU sind und nicht die einfachen Bevölkerungen. Nur wenn DIE LINKE aus der Geschichte lernt und zugleich die Interessen des gesellschaftlichen Unten in dieser Situation beharrlich vertritt, kann sie 2017 in Deutschland ein starke linke Wahlalternative werden.

### **Anhang:**

#### **17 Wahlen in der EU bis Herbst 2017:**

2015: Estland, Finnland, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Portugal, Polen, Spanien,

2016: Irland, Zypern, Slowakische Republik, Niederlande, Litauen, Rumänien,

2017: Bulgarien, Frankreich, Tschechische Republik, Deutschland

#### **10 Landtagswahlen in Deutschland bis Herbst 2017:**

2015: Hamburg (SPD), Bremen (SPD/Grüne)

2016: Sachsen-Anhalt (CDU/SPD), Baden-Württemberg (Grüne/SPD), Rheinland-Pfalz (SPD/Grüne), Mecklenburg-Vorpommern (CDU/SPD), Berlin (SPD/CDU)

2017: Saarland (CDU/SPD), Schleswig-Holstein (SPD/Grüne/SSW) Nordrhein-Westfalen (SPD/Grüne)